

WAZ v.
02.12.14

Eon kappt die Wurzeln

Kohle, Kernkraft, Gas – das soll bei Deutschlands größtem Energieversorger bald zur Vergangenheit gehören. Der Konzern steht vor einer Zäsur

Von Ulf Meinke

Düsseldorf. Konzernchef Johannes Teyssen bezeichnet das, was Eon bevorsteht, als „radikal“. Das Unternehmen wird zweigeteilt. Zählten bislang 60 000 Beschäftigte zum Konzern, sind es in absehbarer Zeit 40 000 bei Eon und 20 000 in einer neuen Firma, für die es noch keinen Namen gibt. In den Konzept-Papieren steht schlicht „Neue Gesellschaft“. Eon konzentriert sich künftig auf erneuerbare Energien, Energienetze und Dienstleistungen. Von Atom, Kohle und Gas will sich das Unternehmen trennen.

„Für viele Kollegen nicht leicht nachvollziehbar.“

Mike Winkel, Eon-Personalchef, zur geplanten Konzern-Aufspaltung

Deutschlands größter Energiekonzern kappt damit die eigenen Wurzeln – und besiegelt das Ende des klassischen Versorgers, der von der Rohstoff-Förderung über die Stromerzeugung und den Transport bis zum Vertrieb alles abdeckte. „Das gesamte Geschäft wurde von den großen Produktionsanlagen her gedacht und gesteuert“, sagte Teyssen. Doch damit soll bald Schluss sein – zumindest bei Eon.

In einer überraschend anberaumten Pressekonferenz hat Teyssen die Pläne für den Düsseldorfer Energieversorger skizziert. Zwei börsennotierte Unternehmen sollen entstehen. Sitz von Eon bleibt Düsseldorf, der Standort der neuen Gesellschaft werde „in der Region Rhein-Ruhr“ sein, wie Teyssen sagte. Genauer wollte er nicht werden.

Gute Karten hat Essen. Hier befindet sich schon jetzt ein modernes Eon-Verwaltungsgebäude, das



Aus dem Geschäft mit der konventionellen Stromerzeugung, hier das Kohlekraftwerk Staudinger in Hessen, zieht sich Eon zurück. FOTO: FRANK RUMPENHORST/DPA

ursprünglich für die Tochterfirma Ruhrgas errichtet worden ist. In Essen zählt Eon derzeit mehr als 2000 Mitarbeiter. Zum Vergleich: In Düsseldorf, wo sich der Firmensitz befindet, sind es lediglich gut 1500 Beschäftigte.

Die genauen Auswirkungen auf einzelne Standorte stehen nach Darstellung von Teyssen noch nicht fest. Klar sei aber, dass es keinen Arbeitsplatzabbau im Zuge der

Neuaufstellung geben werde. Bis Ende 2018 gilt bei Eon ein Vertrag zur Beschäftigungssicherung. Die Vereinbarung soll auch weiterhin gelten – und zwar ebenfalls für die Eon-Nachfolgefirma.

Der Beschluss im Eon-Aufsichtsrat zur Neuaufstellung erfolgte einstimmig. Das heißt: Auch die Vertreter der Gewerkschaften Verdi und IG BCE haben zugestimmt. Bei Verdi hieß es, es werde „auf je-

den Fall keine Verschlechterung für die Beschäftigten“ geben.

Rasch nach Bekanntwerden der Eon-Pläne war bei Kritikern von einer Art „Bad Bank“ für den Energiekonzern die Rede. Teyssen betonte, es gehe nicht darum, Altlasten loszuwerden. Beide Unternehmen seien zukunftsfähig. „Es ist noch nicht gesagt, wer in fünf Jahren der erfolgreichere ist – Eon oder die neue Gesellschaft“, sagte Teyssen.

Die neue Firma soll im Jahr 2016 von Eon abgespalten und an die Börse gebracht werden. Die Mehrheit der Aktien erhalten die Eon-Aktionäre. Die restlichen Anteilscheine will der Konzern später in mehreren Schritten über die Börse verkaufen. Wer die neue Firma führen wird, ist noch unklar. „Erst kommt die Sache, dann das Personal“, kommentierte Teyssen.

Feste Dividende für Übergangszeit

Für die Übergangsjahre 2014 und 2015 sollen die Eon-Aktionäre eine Festdividende in Höhe von 50 Cent pro Aktie bekommen. Für das vergangene Jahr hatte Eon noch 60 Cent bezahlt. Im Jahr 2014 sei zudem mit weiteren Abschreibungen im Volumen von 4,5 Milliarden Euro zu rechnen, berichtete Eon-Finanzchef Klaus Schäfer. Tiefrote Zahlen zeichnen sich ab.

Im Zuge der Neuaufstellung hat Eon auch das komplette Spanien- und Portugal-Geschäft an den australischen Investor Macquarie verkauft – für 2,5 Milliarden Euro. Macquarie hatte Eon vor einiger Zeit bereits das ehemalige Ruhr-gas-Netz abgekauft.

Die Abspaltung beschrieb Eon-Personalvorstand Mike Winkel als „Zäsur“. Dass sich der Konzern nun „von wesentlichen Teilen“ der eigenen Wurzeln trenne, werde „für viele Kollegen nicht leicht nachvollziehbar sein“.

WAZ
v. Die Grünen in NRW jubeln,
SPD bangt um Kohlekraftwerke

Und der BUND hofft auf das Aus für Datteln

Von Tobias Blasius
02.12.14

Düsseldorf. Der Eon-Kurswechsel hat in der Landespolitik Erstaunen, Zustimmung und Befürchtungen gleichermaßen hervorgerufen. SPD-Fraktionschef Norbert Römer lobte die Neuausrichtung: „Es ist gut, dass der Konzern auf die Energiewende und die rasanten Veränderungen reagiert. Wir haben hier in NRW ein Rieseninteresse daran, dass das Unternehmen sich mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen am Markt behauptet.“

Zugleich mahnte Römer in der politischen Debatte über neue Umweltauflagen für Kohlekraftwerke mehr Augenmaß an. Die NRW-SPD stehe zu den CO₂-Einsparzielen der Bundesregierung, doch könne es nicht angehen, „dass nur die Energie- und Stromerzeugung die Energiesparziele erbringen sollen“. Er erwarte, so Römer, dass es für die Kraftwerke „technologie-neutrale Lösungen“ gebe.

NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) äußerte sich verhalten positiv: Es sei zu begrüßen, dass sich der Konzern den Herausforderungen der Energiewende offensiv stelle. „Gleichzeitig sind der

Erhalt der Arbeitsplätze und die Sicherstellung der finanziellen Erfordernisse des Atomausstiegs hervorzuheben“, so Duin. Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) vermengte sein Lob für die Aufspaltung mit der Warnung vor dem teuren Eon-Atomerbe: „Es muss verhindert werden, dass der Steuerzahler letztlich die Zeche zahlt.“

Grünen-Energieexpertin Wiebke Brems appellierte an RWE, mit einem ebenso radikalen Konzernaufbau dem Konkurrenten Eon auf dem „Weg zu den Märkten und Technologien der Zukunft“ zu folgen. CDU-Energieexperte Thomas Kufen wies diese Forderung als grüne „Traumtänzerlei“ scharf zurück. FDP-Chef Christian Lindner nannte die Eon-Entscheidung einen „Weckruf für die Politik“ und sprach von „Kollateralschäden einer kopflosen Energiewende“.

Die Umweltorganisation BUND verbindet mit dem Eon-Ausstieg aus Atom, Kohle und Gas die Hoffnung, dass der umstrittene Kohle-Meiler „Datteln IV“ nicht mehr ans Netz gehen wird. Eon solle den Milliarden-Bau „endlich abschreiben“, forderte BUND-Sprecher Dirk Jansen.

WAZ v. 02.12.14

„Als Käufer kommen eigentlich nur Hedgefonds infrage“

Energieökonom Jarass warnt vor den Risiken

Eon plant die Radikalkur. Ist das nachvollziehbar?

Das ist eine riesige Überraschung, vor allem, dass Eon sein Heil im Netzgeschäft und Vertrieb sucht. Schließlich hat Eon erst 2009 sein Übertragungsnetz aus Angst vor den EU-Kartellwächtern für eine Milliarde Euro verkauft und auch die Stadtwerke-Tochter Thüga veräußert. Zur Strategie der vergangenen Jahre passt der Schwenk nicht.



Prof. Lorenz Jarass. FOTO: HO

Eon will offenbar seine größten Risiken loswerden.

Natürlich, für Eon wäre es ein großer Vorteil, die konventionellen Kraftwerke und vor allem die Atomkraftwerke samt Rücklagen für deren Abwicklung loszuwerden, von denen man ausgehen kann, dass sie nicht reichen. Die Frage ist nur, wer das kaufen soll? Eigentlich kommen dafür nur spekulative Anleger wie Hedgefonds und Privat-Equity-Gesellschaften in Frage. Dabei gehörte eigentlich alles in eine Hand. Das Brüsseler Mantra ist es, die bösen Konzerne zu zerschlagen. Was am Ende besser ist, werden wir dann ja sehen.

Wenn die Kraftwerke an Hedgefonds gehen – müssen wir uns dann sorgen?

Um die Versorgung müssen wir uns weniger sorgen, die Überkapazitäten sind gigantisch. Alle Eon-Kraftwerke nördlich des Main werden als nicht systemrelevant eingestuft. Und auch ein neuer Betreiber kann nicht einfach ein Kraftwerk stilllegen, sondern unterliegt derselben Kontrolle durch die Netzentur wie Eon.

Aber?

Sorgen müssen wir uns eher um unsere Steuergelder machen. Zum einen wird ein Hedgefonds, der ein Kohlekraftwerk als Reserve vorhalten soll, deutlich kompromissloser bei der Bundesregierung staatliche Gelder dafür einfordern. Und für die Abwicklung der Kernenergie stellt sich die Frage, mit wem die Regierung es in zehn Jahren zu tun haben wird, wenn sie feststellt, dass die Rücklagen nicht reichen, weil die Entsorgung teuer wird. sts

Der Wiesbadener Ökonom Lorenz Jarass berät die Bundesregierung und die EU in Energie-Fragen.